

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses**  
**am 19.12.2024**

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 16:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Tom Brüntrup  
Frau Elke Grünewald  
Herr Bernd Henrichsmeier  
Frau Tanja Orlowski

SPD

Frau Brigitte Biermann  
Herr Birol Keskin  
Herr Prof. Dr. Riza Öztürk

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Romy Mamerow  
Herr Klaus Rees  
Frau Gudrun Henneke  
Herr Paul John

FDP

Herr Gregor vom Braucke

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Michael Gugat

Schriftführung

Frau Kerstin Gast

Von der Verwaltung

Herr Stadtkämmerer Kaschel  
Frau Wemhöner (Amt für Finanzen)  
Herr Vahle (Amt für Personal)

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Rees begrüßt die Mitglieder zur 50. Sitzung in dieser Legislaturperiode.

Einladung und Tagesordnung sind am 11.12.2024 fristgemäß zugegangen. Herr Rees verweist darauf, dass unter TOP 1 drei Mitteilungen, unter TOP 2 die Antwort auf die Anfrage, unter TOP 3 ein abweichender Beschluss des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses, unter TOP 4.1 zur Information eine Beschlussvorlage für den heutigen Rat eingestellt und unter TOP 4.1.1 ein Nachtrag dazu sowie unter TOP 5.1 eine ergänzende Informationsvorlage in das System eingestellt wurde.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Tagesordnung einverstanden.

### **Zu Punkt 1      Mitteilungen**

siehe TOP 1.1 bis 1.3

-.-.-

### **Zu Punkt 1.1      Mitteilung über eine Auszeichnung für hervorragende Ausbildungsleistungen**

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis. Der Mitteilungstext ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

### **Zu Punkt 1.2      Mitteilung über eine Korrektur zu Berichten der Stadt Dr.-Nr. 8964/2020-2025**

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis. Der Mitteilungstext ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

### **Zu Punkt 1.3      Mitteilung zum Betriebsmittelkredit Klinikum**

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis. Der Mitteilungstext ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

## Zu Punkt 2

### **Anfrage zu einkommensabhängigen Steuern, Gebühren und Abgaben**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9180/2020-2025

Herr Gugat nimmt Stellung und erklärt, es sei ernüchternd, dass eine einkommensabhängige Gestaltung nur in wenigen Fällen möglich sei. Nach seiner Kenntnis sei dies in vielen anderen Ländern machbar und Sorge dort für mehr Gerechtigkeit. Er informiert, dass er zu der Thematik im Rat einen Antrag gestellt habe und dafür plädiere auf freiwilliger Basis höhere Zahlungen leisten zu können.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis. Die Antwort ist im Informationssystem eingestellt.

-.-.-

## Zu Punkt 3

### **Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 08.05.2025**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9227/2020-2025

Herr Rees verweist darauf, dass der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss einen abweichenden Beschluss – unter Streichung des Wortes „zusätzlich“ – gefasst habe und er hier eine entsprechende Abstimmung vorschläge und von der Zustimmung des Finanz- und Personalausschusses ausgehe.

#### **Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, 50.000 € für die vom Rat der Stadt am 14.11.2024 beschlossene Doppelveranstaltung am 08.05.2025 **zusätzlich** bereitzustellen und die Verwaltung mit der Einwerbung von Fördermitteln und Spenden zu beauftragen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 4

### **Haushaltsplan 2025/2026 des Amtes für Verkehr**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9117/2020-2025

Herr Rees weist darauf hin, dass der Beschluss zur Variante B findet entsprechend auf die lfd. Nr. 147 der Veränderungsliste Ergebnisplan sowie

die lfd. Nr. 134 und 135 der Veränderungsliste Investitions- und Finanzierungstätigkeit Anwendung findet.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss beschließt folgende Änderungen im Haushaltsplan 2025/2026 des Amtes für Verkehr:**

- 1. Erhöhung der investiven Ansätze für den Umbau des Bunkers im Hauptbahnhof Bielefeld zur Radstation, der gestiegene Eigenanteil in Höhe von 0,3 Mio. € wird auf die Jahre 2025-2028 aufgeteilt. Zudem erhöht sich die Verpflichtungsermächtigung in 2025 um 7,85 Mio. €. Der erhöhte Eigenanteil wird aus dem Sammeltopf Radabstellanlagen in den Jahren 2027/2028 umgeschichtet.**
- 2. Erhöhung des Betriebskostenzuschusses an moBiel für die Unterhaltung von Fahrradparkhäusern um 145.000 € ab 2029.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 4.1 Information Vorlage Radstation zur Beschlussfassung im Rat am 19.12.2024**

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 4.1.1 Nachtrag zur Vorlage Radstation**

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Grundsteuer**

siehe TOP 5.1 und 5.2

-.-.-

## **Zu Punkt 5.1 Festsetzung des Hebesatzes für die Grundsteuer B**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9265/2020-2025

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

## **Zu Punkt 5.2 Satzung der Stadt Bielefeld über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B für die Haushaltsjahre 2025 und 2026**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9139/2020-2025

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist darauf, dass die Stadt zur Umsetzung verpflichtet sei. Angesichts des auch von Frau Ministerin Scharrenbach hervorgehobenen Prozessrisikos bei differenzierten Hebesätzen und des im Falle der Rechtswidrigkeit möglichen Ertragsausfalls, habe seine Fraktion die Meinung geändert und werde dem einheitlichen Hebesatz zustimmen. Aber er werde die Einschätzungen zur rechtlichen Lage weiter im Blick haben.

Herr Brüntrup schließt sich an; auch die CDU-Fraktion haben zum einen die rechtlichen Unsicherheiten angesichts der beiden Gutachten mit jeweils unterschiedlicher Bewertung und zum anderen das Ausfallrisiko bewogen, heute dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen. Man werde die Erfahrungen der Kommunen abwarten, die einen differenzierten Hebesatz beschließen und Ende 2026 neu entscheiden.

Herr vom Braucke führt aus, dass die Grundsteuerreform in NRW im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht gut umgesetzt sei und mit den differenzierten Hebesätzen in letzter Minute noch versucht wurde, nachzubessern. Allerdings sei auch für ihn das Risiko zu hoch, sich heute für differenzierte Hebesätze zu entscheiden.

Frau Mamerow verweist darauf, dass mit der Reform grundsätzliche Ungerechtigkeiten aus der Vergangenheit angegangen wurden. Lt. Auswertung der IHK entstünden aber deutlich höhere Belastungen der Gewerbetreibenden. Die Zustimmung zum einheitlichen Hebesatz gelte jetzt nur für die nächsten zwei Jahre. Man werde die Auswirkungen beobachten.

Auch Herr Dr. Schmitz beklagt die schlecht umgesetzte Reform des Grundsteuergesetzes. Egal wie man sich entscheide, es würden neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Um die Wohnungsmieter in Gewerbebetrieben nicht noch höher zu belasten, entscheide er sich für den einheitlichen Hebesatz.

Herr Rees dankt der Verwaltung, die in dieser Frage für Erläuterungen und Auswertungen zur Verfügung stand.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die beigefügte Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer A und B für 2025 und 2026 zu beschließen.  
2026.**

- einstimmig beschlossen –

/ Die Satzung ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift. Sie ist im Informationssystem hinterlegt.

---

**Zu Punkt 6**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Grundsteuer**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9185/2020-2025

Herr vom Braucke erklärt, er verfolge mit dem Antrag das Ziel – sofern höhere Einnahmen erzielt werden – schnellstmöglich zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger beizutragen und die Mehreinnahmen umgehend wieder zurückzugeben.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:**

**Die Verwaltung legt noch im November 2025 dem neuen Rat eine Evaluation der Grundsteuereinnahmen vor. Sollten die Einnahmen höher als 2024 sein, so bringt sie einen Satzungsvorschlag ein, die Hebesätze entsprechend zu senken.**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

---

---

Klaus Rees  
Vorsitz

---

Kerstin Gast  
Schriftführung